

Sinan Ülgen and Can Kasapoğlu: A Threat Based Strategy for NATO's Southern Flank. Brüssel: Carnegie Europe 2016

Besprochen von **M.A. Anna Maria Kellner:** Wissenschaftliche Referentin, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin

DOI 10.1515/sirius-2017-0016

Seit dem Gipfel von Wales im Jahr 2014 hat die NATO sukzessive umfangreiche Maßnahmen zur Rückversicherung der östlichen NATO-Mitglieder und Partner und zur Abschreckung Russlands ergriffen. Parallel dazu haben die südlichen NATO-Mitglieder verstärkt auf eine Stärkung der sogenannten „Südflanke“ gedrungen und diese Forderung mit den spezifischen und vielfältigen Bedrohungen begründet, die ihren Ursprung insbesondere im Mittelmeerraum und im Nahen und Mittleren Osten haben. Diese Bedrohungen sind in der NATO in der Tat lange unterrepräsentiert gewesen; zum einen, weil sie mit dem klassischen NATO-Instrumentarium schwer zu beantworten sind und zum anderen schlicht deshalb, weil die Mehrheit der NATO-Staaten lange nicht unmittelbar selbst betroffen war. Dies hat sich durch die sogenannte Flüchtlingskrise und die seit spätestens November 2015 auch in Europa gegenwärtige Terrorgefahr nachhaltig verändert.

Die beiden Autoren, die über ihren beruflichen und wissenschaftlichen Werdegang über intime Kenntnisse der Mittelmeerregion und der NATO verfügen, arbeiten in ihrem Beitrag die Notwendigkeit einer eigenen, maßgeschneiderten Strategie für die komplexen und sehr heterogenen Herausforderungen an der Südflanke heraus. Um sich einer solchen Strategie anzunähern, haben die Autoren eine einfache Matrix entwickelt, die in der horizontalen Achse zwischen Präemption (links) und Prävention (rechts) unterscheidet, während auf der vertikalen Achse nichtstaatliche Akteure (unten) und staatliche (oben) Akteure aufgeführt sind. In den so entstandenen vier Feldern (A-D) sind insgesamt sechs Kernbedrohungen identifiziert:

Feld A: Vorbeugen vor möglichen Bedrohungen durch staatliche Akteure:

- Eine Ausbreitung hybrider Kriegsführung, die auch – anders als bisher – eine Kriegsführung durch Desinformation und Cyber-Kriegsführung einschließen müsse.
- Die russischen anti-access and area denial (A2/AD)-Bestrebungen im östlichen Mittelmeerraum, welche nicht auf eine zeitlich begrenzte russische Intervention zurückzuführen seien. Vielmehr bereite Russland damit seine langfristige Präsenz in Syrien vor und würde damit schon jetzt die Möglichkeiten der NATO-Alliierten zur Durchsetzung eigener Interessen in der Region beträchtlich einschränken.

- Eine Proliferation von Raketen durch den Iran, durch den sogenannten „Atom-Deal“ nicht unterbunden: Die Autoren beschreiben ein umfangreiches Raketenarsenal, welches nicht nur ein beträchtliches Risiko für NATO-Mitglieder und Partner darstellen, sondern zudem auch ein neues Wettrüsten in der Region auslösen würde.

Feld B: Verhindern von Bedrohungen durch staatliche Akteure:

Das Scheitern von Staaten also solches müsse von der NATO als potentielle Bedrohung anerkannt werden: Die Autoren beschreiben am Beispiel des Arabischen Frühlings (und seiner meist wenig frühlingshaften Folgen) das Phänomen zerfallender, scheiternder Staaten als eine Gefahr für die internationale Ordnung und globale Stabilität. Staatszerfall sei eine der zentralen Ursachen für die anhaltende Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten und das Entstehen des sogenannten Islamischen Staats.

Feld C: Vorbeugen vor möglichen Bedrohungen durch nichtstaatliche Akteure:

Gewalttätiger Extremismus durch radikale und gewaltbereite nichtstaatliche Akteure, die (ursprünglich von al-Quaeda ausgehend) regelrechte „Franchise-Terrorismus-Netzwerke“ in der Region etabliert hätten. Diese Terrornetzwerke seien die Wurzel einer Vielzahl von Sicherheitsrisiken an der NATO-Südflanke, den Ideologie-Export hinein in muslimische Gemeinschaften in den NATO-Mitgliedsländern eingeschlossen.

Feld D: Verhindern von Bedrohungen durch nichtstaatliche Akteure:

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bleibt nach Auffassung der Autoren eine ganz wesentliche Bedrohung für die NATO. Gerade weil ihnen die Fähigkeit zu robuster nuklearer Abschreckung in kriegerischen Auseinandersetzungen fehle, sei die Gefahr groß, dass nichtstaatliche Akteure auf biologische und/oder chemische Waffen mit fatalem Zerstörungspotential zurückgriffen. Das Risiko eines solchen Massenvernichtungswaffen-Terrorismus wäre der NATO bereits seit 2002 bekannt, allerdings nicht zuletzt durch eine Reihe von technologischen Entwicklungen wie geo-tagging und Fortschritten im Bereich der Nanotechnologie noch weiter angestiegen.

Die Autoren widmen jedem dieser Bedrohungsszenarien eine beschreibende Übersicht und konkrete Vorschläge zu einem politischen Vorgehen der NATO-Staaten, die sie abschließend mit einer Matrix zu denkbaren politischen Initiativen für die Südflanke in den Feldern A-D zusammenfassen. In ihrem im Juni 2016 veröffentlichten Beitrag setzen die Autoren viel Hoffnungen auf den damals bevorstehenden NATO-Gipfel von Warschau, gehen aber

auch auf die schwierigen innenpolitischen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung einer solchen Strategie ein: Die notwendigen finanziellen Anstrengungen werden ebenso als Problem erkannt wie der Aufstieg populistischer Kräfte in vielen NATO-Mitgliedstaaten: Sinan Ülgen und Can Kasapoğlu schließen mit dem Hinweis, dass die vielleicht größte Gefahr für die Einheit und Widerstandsfähigkeit der NATO von einer auf absehbare Zeit in sich gekehrten westlichen Welt ausgehe, gehemmt durch ihre Unfähigkeit, der populistischen Herausforderung wirkungsvoll entgegenzutreten.

http://carnegieendowment.org/files/NATO_Southern_Flank.pdf

Mittlerer Osten

Karen Elliott House: *Uneasy Lies the Head that Wears a Crown. The House of Saud Confronts Its Challenges.* Cambridge, Mass: Belfer Center for Science and International Affairs (Belfer Center Paper) März 2016

Besprochen von **Prof. Dr. Joachim Krause:** Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

DOI 10.1515/sirius-2017-0017

Der Bericht befasst sich mit den inneren Entwicklungen in Saudi Arabien und fragt nach den außenpolitischen Herausforderungen des Landes. Er basiert auf Gesprächen, die die Verfasserin in Saudi-Arabien im Rahmen eines längeren Aufenthaltes geführt hat. Die Verfasserin, eine langjährige Kennerin der Situation in Saudi Arabien, befasst sich mit zwei Themenkomplexen: (1) wie sind die innenpolitischen Veränderungen der vergangenen Monate in der saudischen Führung einzuschätzen? Und (2) wie wird sich das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten entwickeln?

Der Bericht gelangt zu dem Ergebnis, dass sich ein fundamentaler Generationenwandel in der saudischen Führung abzeichnet, der sowohl die innere Orientierung wie die internationalen Beziehungen verändern wird. Anlass seien zum einen die fallenden Erdölpreise und zum zweiten die Sorge, dass sich die USA aus ihrer Rolle als Beschützer Saudi Arabiens in einer Zeit zurückziehen, wo die Region immer instabiler wird. Nach mehr als zwei Jahrzehnten innenpolitischen Stillstands unter einer Gruppe überalterter Könige und einer weitgehenden Abhängigkeit vom Schutz durch die USA beginne das Königreich Saudi-Arabien damit, seine inneren wie regionalen Angelegenheiten neu zu ordnen. Die königliche Familie habe wesentliche Machtbefugnisse in die Hand einer neuen Generation von Führungspersonen gelegt, die viel selbstbewusster und auch konfliktbereiter auftreten als ihre Vorgänger. Neben

dem Thronfolger Mohammad bin Nayef sei vor allem die Rolle des Stellvertretenden Thronfolgers, Prinz Mohammad bin Salman, hervorzuheben, der im Alter von 30 Jahren nicht nur Verteidigungsminister ist, sondern auch die wesentlichen ökonomischen Machtzentren kontrolliert und in mehr und mehr Bereichen eine eigenständige Linie der saudischen Politik vertritt.

Um die Abhängigkeit der Wirtschaft des Landes von Erdöleinnahmen zu verringern, habe die Regierung Saudi Arabiens einen nationalen Transformationsplan 2020 verkündet. Ihm zufolge soll die Wirtschaft stärker differenziert werden, indem der Privatsektor gestärkt und vor allem Investitionen in Bereichen gefördert werden, die nicht mit der Erdölproduktion verbunden sind. Damit solle erreicht werden, dass mehr Saudis in den privaten Sektor gehen, der unterentwickelt ist und wo derzeit über 80 % der Beschäftigten Ausländer sind.

Außenpolitisch bereite die Entwicklung in der Region Saudi Arabien zunehmend Sorge. Der Bürgerkrieg in Syrien, die Entstehung des Islamischen Staates, der Krieg im Jemen, die strategische Feindschaft zum Iran sowie die unsichere Lage im Irak und in Ägypten werden in Saudi Arabien als mittelbare und unmittelbare Bedrohungen aufgefasst. Hinzu komme, dass die Skepsis wächst, ob die USA weiter bereit sein werden, eine Schutzfunktion für das Königreich zu übernehmen, bzw. als Stabilisator in der Region wirksam zu bleiben. Die Politik der Obama-Administration in der Region werde in Saudi Arabien extrem kritisch beurteilt. Besonders kritisch werden der übereilte Abzug aus dem Irak und das halbherzige und letztlich nicht eingelöste Ziehen „roter Linien“ gegenüber dem Assad-Regime in Syrien gesehen. Auch die deklaratorische Politik der Obama-Administration, die wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, dass sich Saudi Arabien mit seinen Nachbarstaaten in der Region arrangieren müsse, werde mit Sorge registriert. Das Nuklearabkommen der internationalen Staatengemeinschaft mit dem Iran von 2015 wird von Saudi Arabien als unzureichend eingeschätzt, weil es die vielen anderen militärischen Bedrohungen des Iran ausblendet, denen sich Saudi Arabien ausgesetzt sieht. Die Bedrohung durch den Iran wird in Saudi Arabien als existenzbedrohend eingeschätzt, was in Washington offenbar auf wenig Verständnis stößt.

Angesichts dieser Entwicklungen nehme es nicht Wunder, wenn die Regierung Saudi Arabiens zunehmend eigenständig in der Außenpolitik agiert. Dies betreffe vor allem die militärische Intervention im jemenitischen Bürgerkrieg. Diese Intervention habe das saudische Königreich schon mehr als 5 Milliarden US Dollar gekostet. In Kreisen des saudischen Königshauses werde mehr und mehr davon ausgegangen, dass der Rückzug der USA aus der Region